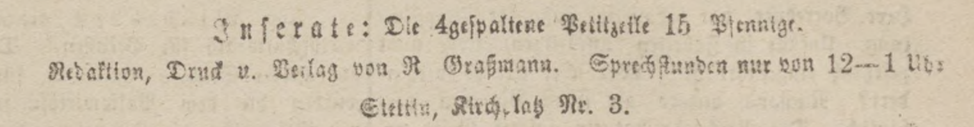
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 29. November 1880. Nr. 560.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat Dezember für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 27. November

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Am Ministertisch: Maybach, Dr. Lucius und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Tagesordnung:

I. Berathung des Antrages des Abg. von Jagdzewski und Genossen betreffend die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. von Lyskowski.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

II. Fortsetzung der Etatsberathung.

Die Debatte wird über den Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums fortgesetzt.

Kap. 103 (Thierarzneischulen und Veterinärwesen) und Kap. 104 (Förderung der Viehzucht) werden ohne Diskussion genehmigt.

Zu Kap. 105 (Förderung der Fischerei) bittet Abg. v. Minnigerode um Aufbesserung der Gehälter der Fischmeister, sobald unsere Finanzlage dies irgend gestattet.

Zu Tit. 7 (für die wissenschaftliche Kommission in Kiel zur Erforschung der deutschen Meere im Interesse der Fischerei) erwidert der landwirthschaftliche Minister Dr. Lucius auf eine Anfrage des Abg. Schmidt (Stettin), daß der Bericht der genannten Kommission über die letzte wissenschaftliche Untersuchung in der Danziger Bucht demnächst erscheinen werde. Für jetzt könne er mittheilen, daß diese Untersuchung auch gewisse praktische Resultate für die Fischerei ergeben habe. Es sollen dort nämlich die sogenannten Kieler Sprotten in großen Mengen vorkommen und es sei Aussicht vorhanden, daß der Fischerei eine neue ausgiebige Erwerbsquelle eröffnet werden dürfte.

Bei Kap. 106 (Landesmeliorationen) schildert Abg. Morrow die drückende Lage der Meliorationsgenossenschaften der Niers- und Nordkanal-Niederung und richtet an die Staatsregierung die Bitte um fernere Stundung der bewilligten Darlehen eventuell bittet er, bei der Landesvertretung den gänzlichen Erlaß dieser Darlehen zu beantragen.

Minister Dr. Lucius erwidert, daß er sich außer Stande sehe, in dieser Richtung Zusicherungen zu machen, bevor nicht weitere Ermittelungen stattgefunden haben.

Es erhebt sich hierbei eine längere Debatte über den Werth der Selbsthülfe, die von dem Abg. Dirichlet vertheidigt wird, während der Abg. v. Minnigerode für die Landwirthschaft ebenfalls Staatshülfe fordert.

Auch Abg. Dr. Löwe (Bochum) ist der Ansicht, daß es dem Staate zukomme, zur Ausführung von Meliorationen Hülfe zu leisten und in dieser Beziehung die Initiative zu ergreifen. Aber er müsse gegen die Aburtheilung des Systems Schulze-Delitzsch protestiren, wie es von Herrn von Minnigerode geschehen. Dieses System habe sich auf dem wirthschaftlichen Gebiete zu einer segensreichen Wirksamkeit gestaltet; es habe in den weitesten Kreisen, so in ganz Europa Anerkennung oder Nacheiferung gefunden.

Bei Kap. 107 (Dispositionsfond zur Unterstützung landwirthschaftlicher Vereine) regt Abg. Rozanski die Unterstützung der polnischen landwirthschaftlichen Vereine an.

Minister Dr. Lucius lehnt es ab, speziell polnischen landwirthschaftlichen Vereinen staatliche Unterstützungen zu Theil werden zu lassen. Er stehe auf dem Standpunkte seines Amtsvorgängers und werde Unterstützungen nur solchen Vereinen zuweisen, welche sich von politischen Bestrebungen fern halten.

Abg. v. Ludwig bedauert, daß so geringe Fonds für die Meliorationen und landwirthschaftlichen Vereine bewilligt würden, nachdem die traurige Lage der Landwirthschaft auch von der Regierung anerkannt worden sei. Hierüber müsse man sich klar werden, auch im Parlamente. In zweiter Linie sei es die Presse, welche durch ausführliche und treue Berichte die Klarheit über landwirthschaftliche Verhältnisse im Lande verbreiten müßte. Dies sei aber durchaus nicht der Fall. Die Zeitungen strotzten von Entstellungen und Unwahrheiten. Wichtige Reden über landwirthschaftliche Dinge, wie Reden der Abg. von Bennigsen und Sombart, wurden gar nicht gegeben, das muß ein Ende nehmen, und es muß ein Exempel statuirt werden. Ich bitte den Herrn Präsidenten, hier Remedur zu schaffen und zwar nach zwei Richtungen hin. Einmal müssen keine Lügen mehr in der Presse Platz finden und es müssen alle Diejenigen von der Tribüne entfernt werden, welche wiederholt falsche, tendenziös entstellte Berichte bringen, mögen dieselben einer Partei angehören, welcher sie wollen. (Schallendes Gelächter.) Aber m. H., ich gebe auf der andern Seite zu, daß die Reporter hier sehr oft Dinge zu hören bekommen und darüber referiren müssen, von denen sie nicht eine blasse Ahnung haben, so daß es den Herren schwer, ja unmöglich ist, die Worte der einzelnen Redner wirklich klar und treffend wiederzugeben. Darum möchte ich dem Herrn Präsidenten anheimstellen, dafür zu sorgen, daß sogenannte offizielle Parlamentsberichte herausgegeben werden, die nicht in dem Augenblick, wo die Debatte stattfindet, vorgenommen werden (Zuruf: Regierungskommissare!) Auch die Regierungskommissare wären nicht in der Lage, Alles mit sachverständigem Verstande zu begleiten und sofort wiederzugeben. Aber, nachdem die stenographischen Berichte herausgekommen sind, wäre es leicht, einen kleinen Bericht zu liefern. Das ist durchaus nöthig, damit das Land erfährt, wo ihn der Schuh drückt.

Präsident v. Köller: Herr v. Ludwig! Ich werde die Frage, wie die Presse über unsere Verhandlungen berichtet, bei einer anderen Gelegenheit in Erwägung ziehen. Für den Augenblick müssen wir in der Debatte über den Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums fortfahren.

Abg. Kantak unterstützt die Forderung des Abg. Rozanski.

Die laufenden Ausgaben werden bewilligt. Es folgen die einmaligen Ausgaben.

Namens der Budget-Kommission beantragt Abg. Weyrauch die unverkürzte Bewilligung der etatsmäßigen Forderung von 404,300 Mark.

Abg. Grumbrecht bittet, im nächsten Etat die Thierarzneischule zu Hannover mit der in Berlin gleichzustellen.

Abg. Schmidt (Stettin) wünscht eine Erhöhung der Position zur Hebung der Seefischerei Redner richtet an die Regierung die Anfrage, ob auf Grund des Strafgesetzbuchs-Paragraphen, welcher das Fischen von Ausländern in deutschen Gewässern unter Strafe stellt, bereits Bestrafungen eingetreten seien.

Abg. Brons berichtet über die sehr günstigen Erfolge der deutschen Hochseefischerei-Gesellschaft.

Minister Dr Lucius konstatirt, daß eine Belästigung deutscher Fischer durch englische auch in diesem Jahre wieder stattgefunden habe, die Regierung habe ein Kanonenboot in die Nordsee zum Schutze der deutschen Fischerei stationirt. Ob bereits Verurtheilungen eingetreten seien, könne er nicht angeben; die Regierung sei bereit, höhere Fonds für den Schutz der Fischerei einzustellen.

Abg. v. Minnigerode befürwortet bei der Position „Förderung der Wald- und Wiesenkultur" eine Erhöhung der staatlichen Aufforstungs-Prämien.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt.

Es folgt:

b) Etat der Gestütverwaltung. Einnahme 1,748,700 M.; dauernde Ausgaben 236,575 M.; einmalige Ausgaben 364,900 M.

Bei den Einnahmen beschwert sich Abg. Hellwig über das Verfahren der Remonte-Kommissionen. So sei ihm ein Fall bekannt, daß eine Remonte-Kommission von 200 Pferden nur 14 für brauchbar erklärt habe. Daß die gestellten Pferde aber gut gewesen, gehe daraus hervor, daß ein großer Theil derselben von Offizieren angekauft worden sei.

Abg. Dirichlet legt Verwahrung dagegen ein, daß auf Kosten der östlichen Provinzen und der Staatskasse eine noch weitere Begünstigung der westlichen Provinzen stattfinde.

Abg. v. Kroecher schließt sich den Ausführungen des ersten Redners an. Die Remonte-Ankaufs-Kommissionen seien beim Ankauf sehr heikel und böten so geringe Preise, daß die Landwirthschaft schwer darunter leide.

Abg. v. Lattorff nimmt die Remonte-Kommission gegen die Angriffe der Vorredner in Schutz.

Abg. v. Schorlemer-Alst (zur Geschäfts-Ordnung) macht den Präsidenten v. Benda darauf aufmerksam, daß die Debatte gar nicht zur Sache gehöre. Die Remonte-Kommissionen unterständen dem Kriegsminister und gebe er den Herren anheim, ihre Beschwerden bei dem Etat des Kriegsministeriums, bei der Position „Zeughaus", zu wiederholen. (Große Heiterkeit.)

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei Kap. 108 Tit. 45 der Ausgaben (zum Ankauf von Pferden) beklagt Abg. v. Kroecher das Verfahren beim Ankauf des Gestütmaterials. Er wünscht eine größere Berücksichtigung der einzelnen Provinzen und eine Mitwirkung der Gestütsvorsteher beim Ankauf der Hengste.

Minister Dr. Lucius erkennt an, daß bei dem Ankauf der Hengste Irrthümer nicht ausgeschlossen sind. Er habe Veranlassung genommen, anzuordnen, daß künftig eine Vormusterung stattfinde, zu welcher die Privatzüchter ihr Material anmelden können.

Abg. Dirichlet wendet sich gegen die Ausführungen Kröcher's, welche den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprächen; ebenso bekämpft der

Reg.-Komm., Oberlandstallmeister General Lüderitz die Behauptungen des Abg. v. Kröcher. Er betont, daß der Ankauf des Gestütmaterials ein schwieriges Geschäft sei. Fehler seien dabei nicht zu vermeiden, aber er befinde sich im Uebrigen außer Stande, es Jedem recht zu machen.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch die Abg. v. Rauchhaupt, Frhr. v. Schorlemer-Alst. Letzterer nimmt die Verwaltung energisch in Schutz und spricht dem Generallandstallmeister seinen Dank dafür aus, daß er den Wünschen der Pferdebesitzer gern entgegengekommen. Er sei überzeugt, daß die Verwaltung sich in sehr guten Händen befinde und er müsse sich namentlich gegen eine vielköpfige Kommission beim Ankauf von Pferden erklären.

Auch die übrigen Positionen dieses Etats werden unverkürzt bewilligt.

Es folgt weiter:

c. der Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe.

Einnahme 302,884 M., dauernde Ausgaben 1,504,427 Mark, einmalige Ausgaben 43,420 Mark.

Bei den Einnahmen wendet sich Abg. Kalle gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Richter, dem er vorwirft, daß seine Aeußerungen über die Stellung der Handelskammern zu dem Volkswirthschaftsrath den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprächen.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei Kap. 68, Tit. 3 der dauernden Ausgaben (Gewerberäthe) beklagt Abg. Kropatscheck den Mangel einer brauchbaren Unfallstatistik. Die Unfälle kommen nur in seltenen Fällen zur Anzeige. Es müßte jeder Arbeiter verpflichtet sein, jeden Unfall zu Kenntniß der Ortsbehörden zu bringen, sonst werde man niemals zu einer Basis für eine Unfallversicherung gelangen. Redner bedauert, daß die Berichte der Fabrikinspektoren so spät zur Vertheilung gelangen und bemerkt zum Schluß, daß die Gewerberäthe außer Stande seien, alle ihnen übertragenen Funktionen zu erfüllen.

Unterstaatssekretär Jacobi: Bezüglich der monirten Verzögerung in der Mittheilung der Berichte der Fabrikinspektoren erinnere ich daran, daß zufolge reichsgesetzlicher Bestimmung diese Berichte dem Reichstage und dem Bundesrath mitzutheilen sind. Da diese Anordnung jetzt das erste Mal in Vollzug zu setzen ist, so dürfte sich daraus die Verzögerung erklären und rechtfertigen lassen. Uebrigens ist gegenwärtig der Druck der Berichte fertig gestellt. Sie umfassen etwa 70 Bogen. Die Regierung schenkt der Thätigkeit der Gewerberäthe volle Aufmerksamkeit im Sinne der Instruktion vom vorigen Jahre. Dieselbe beruht auf einer Vereinbarung der Bundesregierungen und ist also in der Hauptsache gleichmäßig für alle deutschen Bundesstaaten.

Abg. Richter: Als wir gestern die Debatte über den Volkswirthschaftsrath provocirten, war es nicht unsere Absicht, diese Debatte durch den ganzen Etat bei allen irgend die Volkswirthschaft streifenden Fragen durchzuführen. Eine solche Bepackung des Etats schien uns mit der Geschäftslage nicht vereinbar. Deshalb glaubten wir, diese Institution ein für allemal abmachen zu können. Indessen wenn von der anderen Seite darauf zurückgekommen wird, stehen wir jederzeit zu Diensten. Sie dürfen sich aber dann nicht über eine Verzögerung der Geschäfte beklagen. Der Abg. Kropatscheck hat über den Volkswirthschaftsrath seine hohe Befriedigung ausgesprochen; es ist merkwürdig, daß die Herren über etwas so befriedigt sind, was sie früher nicht verlangt haben. (Widerspruch rechts.) Dem Abg. Kalle gegenüber halte ich meine Behauptung von der kleinen Majorität des Handelstages völlig aufrecht. Die von ihm in Bezug genommenen Abstimmungen sind später erfolgt und erstrecken sich auf Detailfragen, in denen der Handelstag allerdings auseinanderging. Wir Reichstagsabgeordnete können am wenigsten wünschen, daß Reichstagsfragen auch hier zur Sprache kommen. Aber Herrn Direktor Jacobi muß ich bemerken, daß Fürst Bismarck diese Pläne von Arbeiterversicherung u. dgl. gerade in seiner Eigenschaft als preußischer Handelsminister betreibt. Darum wünschten wir auch gestern, daß er bei dieser Etatsberathung zugegen sei, und beantragten, dieselbe eventuell bis zum Januar hinauszuschieben. Wir freuen uns, daß der Reichskanzler sich jetzt einer Gesundheit erfreut, wie sie ihm lange nicht zu Theil geworden ist. Es ist deshalb zu hoffen, daß er sein Hoflager in Friedrichsruh demnächst aufgiebt und an den Ort zurückkehrt, wo der Monarch und die gesetzgebenden Körperschaften weilen, damit er endlich, nachdem seine Gesundheit wieder gekräftigt ist, im Zusammenwirken mit allen dazu Berufenen diese Pläne fördert, anstatt daß wir hier diskutiren und er in guter Ruh in Friedrichsruh sitzt und Jagdvergnügungen genießt. (Unruhe rechts.) Ja, wenn Sie solche Debatten provociren, bekommen Sie die entsprechende Antwort. Ich halte es nicht für passend, daß, während Monarch und Volksvertretung in Berlin weilen, der Kanzler viele Meilen davon sich aufhält, die einzelnen Minister, gleich vortragenden Räthen, zu sich kommen läßt und ihnen Audienzen ertheilt. (Widerspruch rechts.) Wenn Sie das nicht wunderbar finden, so zeigt sich, wie wunderbar Sie Ihre Vorstellung von verantwortlichen Ministern geändert haben. Nachdem Sie gestern einen Aufschub abgelehnt, fügten wir uns, wollten wir nicht Gegenstände zur Verhandlung bringen, welche Fürst Bismarck gerade persönlich betreibt, zumal wir nicht wissen, wie seine Stellvertretung geordnet ist und ob Herr von Bötticher nicht nur vorübergehend sein Vertreter ist. Nachdem Herr Kropatscheck aber die Frage der Arbeiterversicherung erwähnt hat, muß ich auch Einiges darüber sagen. Um die Arbeiterversicherung ist es eine schöne Sache, auch die Altersversorgung anderer Stände, des Gesindes, der Handwerker, überhaupt aller Personen, die nicht gleich mit einem Rittergut auf die Welt kommen (Unruhe rechts), ist ein wichtiges Problem, aber mit dem Aussprechen solcher guten Absichten ist noch gar nichts geschehen. Man kann noch weiter gehen und gleich jenem französischen König für die Aufgabe der Regierung erklären, daß auch der geringste Bauer am Sonntag sein Huhn im Topfe habe. Unter den guten Absichten der Regierung möchte ich auch dieses Problem nicht missen. Es kommt nur darauf an, wie es gemacht werden solle; alles Uebrige sind Redensarten, welche bei Denjenigen am wenigsten verfangen, welche von der Sache etwas verstehen. Seit Jahren hat sich die liberale Partei bemüht, wenigstens die Hindernisse zu beseitigen, welche bis jetzt der Bildung freier Altersversorgungsanstalten entgegenstehen, während dieselben in England zu großer Entwickelung gelangt sind. Die Ausarbeitung des Herrn Baare würde vielleicht Niemand beachten, wenn er nicht nach Friedrichsruhe berufen worden wäre, an den Mittelpunkt der politischen Geschäfte (Heiterkeit) und durch ein Telegramm an die industriellen Vereine in Düsseldorf den Schein erweckt hätte, als ob der Reichskanzler seine Ansichten theile. Letzteres würde ich in hohem Maße bedauern, denn das Projekt des Herrn Baare ist nur

der dreiste Versuch eines Großindustriellen, die Lasten der Großindustrie auf die Kommunen und Arbeiter abwälzen zu können. (Sehr richtig!) Der Herr Vorredner hat bedauert, daß die Verpflichtung, Unfälle in Fabriken anzuzeigen, noch nicht gesetzlich eingeführt ist. Wer aber hat es verhindert? Niemand anders als Fürst Bismarck persönlich. Der Reichstag hat ein solches Gesetz gewollt. Der frühere Minister Hofmann hat es ausgearbeitet, das preußische Staatsministerium hat es an den Bundesrath gelangen lassen, Niemand anders hat es doch zurückgehalten als Fürst Bismarck. So liegt es und anstatt immer Ihre Befriedigung über den Reichskanzler auszusprechen, sollten Sie Ihre Beschwerden direkt an die Adresse richten, wohin sie gehören. (Beifall).

Minister v. Böttich er: Es wird keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen, wenn ich auf die Bemerkungen des Vorredners über die Politik des Herrn Reichskanzlers und seine Thätigkeit als solcher nicht eingehe. (Sehr richtig.) Für diese Gegenstände giebt es ein anderes Parlament und der Herr Abgeordnete wird dort Gelegenheit haben, Kritik zu üben. Ich möchte ihn nur bitten, bis dahin nicht zu viel Werth auf das zu legen, was über die Pläne des Reichskanzlers in die Zeitungen kommt, und die Pläne desselben nicht mit Privatarbeiten zu identifiziren, denen bisher ein offizieller Charakter nicht beigelegt ist. Der Abg. Richter hat inzwischen seine Bemerkungen auf die Thätigkeit des preußischen Handelsministers gerichtet. In dieser Beziehung halte ich mich verpflichtet, es auszusprechen, gegenüber den unrichtigen Angaben, von denen in der Presse ausgegangen ist und von denen auch heute der Abg. Richter ausging, daß es lediglich Rücksichten auf seine Gesundheit sind, die zu seinem lebhaften Bedauern den Herrn Minister für Handel und Gewerbe abgehalten haben, heute bei der Vertretung seines Etats zugegen zu sein. Es ist unrichtig, wenn der Abg. Richter anführt, daß der Herr Minister für Handel und Gewerbe in Friedrichsruhe sich Vergnügen hingegeben hat, die unvereinbar seien mit seiner Abstinenz der Geschäfte. Der Abg. Richter hat die Frage der Stellvertretung des Reichskanzlers berührt, und auch darüber einige Worte zu sagen, halte ich mich für verpflichtet. Gerade die Rücksicht auf seine Gesundheit und eine zeitweise Ueberlastung mit Geschäften hat den Reichskanzler veranlaßt, an mich das Ersuchen zu richten, daß ich ihn, soweit die Vertretung eines Ministers durch den andern zulässig ist, in Berlin vertreten soll. Der Artikel 44 der Verfassung schreibt vor, daß jede Regierungshandlung des Königs der Kontrasignatur eines verantwortlichen Ministers bedarf, und es ist bisher stets in Abwesenheitsfällen, bei Krankheit und Behinderung eines Ministers so gehalten worden, daß ein Kollege ersucht worden ist, diese Kontrasignatur zu übernehmen. Ich habe, als ich dem Ersuchen des Reichskanzlers stattgab, mich darüber orientirt, in welcher Weise diese Fragen bisher behandelt worden sind, und sie ist diesmal ganz so behandelt worden, wie sie beständig behandelt ist, so lange wir verantwortliche Minister haben. Es handelt sich bei dieser Stellvertretung lediglich um eine hoffentlich vorübergehende. (Zuruf: Sie dauert schon seit Jahren!) Seit Jahren dauert sie nicht, sondern erst seit dem 28. Oktober d. J. (Heiterkeit) Ich hoffe, daß der Reichskanzler sehr bald im Stande sein wird, mich von dieser Stellvertretung zu entlasten. Im Allgemeinen glaube ich, daß daraus, daß Fürst Bismarck das Handels-Ministerium übernommen hat, kein Grund zu einem Vorwurf zu entnehmen ist, sondern eher zum Danke. (Beifall.)

Abgeordneter Dr. Franz bedauert gleichfalls, daß der Herr Handelsminister sich nicht im Hause befindet, in einem Augenblick, wo so wichtige Fragen seines Ressorts verhandelt werden. Den Volkswirthschaftsrath begrüßt Redner mit Freuden, er hätte gewünscht, daß eine solche Vertretung schon zehn Jahre früher ins Leben getreten wäre. Es wären dann nicht Gesetze zu Stande gekommen ohne jede Kenntniß und dabei noch mit einer Leidenschaft, wie es geschehen. Das Baare'sche Projekt findet ebenfalls nicht die Zustimmung des Redners. Dasselbe leide an dem Grundirrthum, daß die Verpflichtung des Haftpflichtgesetzes und die Pflichten der Humanität mit einander verwechselt werden. Im Uebrigen lasse er den guten Absichten des Herrn Baare volle Gerechtigkeit widerfahren.

Abg. Dr. Meyer (Breslau) geht auf die Genesis des Gesetzentwurfs betreffs der Anzeigepflicht bei Unfällen ein und führt aus, daß eine Regelung dieser Frage auf der Grundlage der bekannt gewordenen Vorarbeiten möglich sein werde. Uebrigens sei die liberale Partei für die Gesetzgebung der letzten zehn Jahre nicht allein verantwortlich.

Abg. v. Minnigerode: Ich weiß nicht, wie die linke Seite des Hauses dazu kommt, uns einen Vorwurf daraus zu machen, daß wir diesen oder jenen Gegenstand zur Erörterung bringen. Wir führen die Geschäfte, wir sind die Majorität. Sie befinden sich in einer erdrückenden Minderheit. (Heiterkeit.) Daß Sie nicht zufrieden sind, finde ich begreiflich; Sie leben ja von der Unzufriedenheit. Daß Sie dem Fürsten Bismarck das Jagdvergnügen zum Vorwurf machen, findet seine Erklärung wohl darin, daß Sie die Empfindung haben, die Jagd, welcher der Reichskanzler sich hingiebt, gelte Ihnen, und das mag Ihnen unbehaglich sein. (Beifall rechts.)

Abg. Richter: Herr von Minnigerode thut so, als ob die konservative Partei die Majorität bilde. Es sei nicht der Fall; bei der Präsidentenwahl sei die Fortschrittspartei recht gewichtig geworden. Die „erdrückende Minderheit" acceptire er, denn die Ausführungen des Herrn von Minnigerode machten auf ihn immer den Eindruck, als ob er sich etwas gedrückt fühle. (Heiterkeit.)

Abg. Windthorst acceptirt den Volkswirthschaftsrath für Preußen. Die Uebertragung auf andere Staaten halte er für bedenklich, auch würden die dem Volkswirthschaftsrath zugewiesenen Befugnisse die Kompetenz des Reiches überschreiten.

Die Diskussion wird geschlossen.

Kap. 68 wird genehmigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Mehrere kleinere Gesetze und erste Berathung des Gesetzes über die Bildung von Eisenbahnräthen.

Schluß $4^{1}/_{2}$ Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 29. November. Ein Altentheil ist nach einem Erkenntniß des Reichsgerichts, vom 8. Mai d. J., in Ermangelung entgegenstehender Festsetzung vom Adjudikatar außer dem Kaufpreise zu übernehmen.

— Der Rittmeister z. D., Chef der Bublitzer Landwehr-Kompagnie, Rittergutsbesitzer Holtz, ist am Freitag in dem Dorfe Wogenthin bei Bublitz, als derselbe in seinem Schlosse an einem in der Nähe des Fensters befindlichen Schreibpult beschäftigt war, durch einen Schuß, der von außen durch's Fenster auf ihn abgefeuert wurde, getödtet worden. — Es ist bereits ein früherer Diener des Getödteten als des Mordes dringend verdächtig in Haft genommen worden.

— Fräulein Dory Petersen hat in Gemeinschaft mit Herrn Konzertmeister Knoop am Sonntag Abend in Prenzlau vor einem zahlreichen und distinguirten Publikum konzertirt und daselbst den allerreichsten Beifall geerntet. Herr Kommissionsrath und Hoflieferant Wolkenhauer, aus dessen Atelier bereits der im Theater-Konzert benutzte prächtige Bechstein-Flügel stammte, hat der jungen Künstlerin zu ihrer Tournee großmüthigst einen Konzertflügel zur unentgeltlichen Verfügung gestellt. Wie wir hören, wird die begabte Pianistin im 3. Symphonie-Konzert der Herren Koßmaly und Jancovius, das im nächsten Monat stattfinden soll, mitwirken.

— In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag machte der bei einem hiesigen Restaurateur angestellte Hausdiener Joh. Harting in seiner Schlafstube seinem Leben durch Erhängen ein vorschnelles Ende. Furcht vor einer Strafe scheint das Motiv zur That gewesen zu sein.

— Am 4. März d. Js. kam der Tischlermeister Küster in Begleitung der Zimmerleute Karl August Hoeft und Heinrich Louis Waterstrat in das Nase'sche Schanklokal hierselbst, wo sie bald gegen die anwesende Wirthin und deren Nichte gemeine Redensarten ausstießen. Als sie deshalb zur Rede gestellt wurden, schlugen alle drei auf den Wirth ein und Hoeft warf einen Tisch mit verschiedenen Schüsseln um. Deshalb hatten sich dieselben in der heutigen Sitzung des Schöffengerichts zu verantworten und wurde Hoeft zu 42 Mark event. 14 Tagen Gefängniß, Küster zu 30 Mark event. 10 Tagen Gefängniß und Waterstrat zu 15 Mark eventuell 5 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Eine weitere Anklage wegen Hausfriedensbruchs und Körperverletzung gegen den Arbeiter Joh. Kempin endet mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 20 Mark eventuell 6 Tagen Gefängniß.

— Dem Mühlenberg 19 wohnhaften Arbeiter Fensch wurden vor mehren Tagen eine größere Anzahl Kleidungsstücke gestohlen und wurde die unter Sittenkontrolle stehende unverehelichte Wegener als dringend verdächtig, den Diebstahl ausgeführt zu haben, in Haft genommen.

— Gestern Morgen gegen 4 Uhr vermißte ein bei dem Fuhrherrn Rütz in der Kronenhofstraße in Dienst stehender Kutscher ein Paar Stiefel, welche ihm erst in der Nacht gestohlen konnten sein. Als er kurze Zeit darauf zu einem in der Nähe stehenden Möbelwagen kam, fand er darin die Arbeiter Rob. Beister und Karl Friedr. Abitz schlafend, welche neben sich einen Sack liegen hatten, in dem sich außer den gestohlenen Stiefeln noch verschiedene dem Fuhrherrn Rütz gehörige Gegenstände befanden.

— Heute brach in dem Heizungskeller unter dem Kassenlokale auf dem Centralgüterbahnhofe Feuer aus. Dasselbe entstand dadurch, daß man daselbst Lumpen neben den Heizungsröhren gelagert hatte, welche durch die Hitze in Brand geriethen. Da das Feuer am Tage auskam, so wurde dasselbe bald gelöscht.

— (Stadttheater.) Die Direktion hat einen Gastspielvertrag mit der berühmten Madame Artot de Padilla abgeschlossen; also wieder ein neuer Genuß in Aussicht! — Der am Sonntag zum ersten Male in Szene gegangene Moser'sche Schwank „Bibliothekar" scheint dem Publikum herzliches Vergnügen bereitet zu haben, wenigstens erzielte das mit Karrikaturen und Unmöglichkeiten übermäßig fett gespickte Stück, nachdem der erste Akt total abgelehnt war, nach jedem weiteren Aufzug einen stürmischen Lacherfolg, der am Schlusse des 3. Aktes, mit der trefflich erfundenen Spiritistenszene, einen doppelten Hervorruf der Mitglieder provozirte. Das Stück war gut inszenirt und wurde im Ganzen auch ziemlich nett gespielt. Die Herren Präger (Gibson), Rub (Robert), Kreutzkamp (Macdonald), sodann Frl. Göthe (Edith) und Frau Frenzel (Sarah) leisteten Ausgezeichnetes. Wie Frl. Bielska zu der Rolle der Eva kam, wissen wir nicht, jedenfalls war sie uns immer noch viel lieber als Frl. Weisse. Daß diese neue tolle Posse Moser's — die Bezeichnung „Schwank" ist wirklich viel zu gelinde für dies Konglomerat von Nichts, Unsinn und Zufall —, auch nur annähernd von solcher Zugkraft werden sollte, wie das noch nicht verendete „Krieg im Frieden", bezweifeln wir stark.

— Zur Beurtheilung der in der Pyritzer Ausstellung gelieferten Lehrlings-Arbeiten, deren Prämiirung gestern Nachmittag stattfand, haben sich außer Herrn Oberlehrer Lincke als Preisrichter die Herren Schlossermeister Macdonald, Schuhmachermeister Schwarz, Tischlermeister Piest und Schneidermeister Ebner nach Pyritz begeben.

Pölitz, 26. November. Am 9. Dezember feiert Herr Kalkbrennereibesitzer Michael Mandelkow auf Oderkrug das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Fünfzig Jahre sind ein langer Abschnitt des Lebens, die viele Freude, aber auch viel Schmerz bringen können. Auch über den alten Papa Mandelkow sind in dieser Zeit viel sonnige, aber auch wohl manche trübe Tage aufgegangen; doch scheint die Zahl der ersteren größer gewesen zu sein als die der letzteren. Man merkt dem alten humoristischen Herrn, der noch gleich einem Jünglinge rüstig schafft und arbeitet, diese 50 Jahre kaum an. Er ist ein Bild eines zähen Pommern, der abgehärtet durch rauhe Witterung und anstrengende Arbeit, noch wenigstens seine 30 Jahre auf seine Schultern zu nehmen gesonnen ist. Möchten ihm noch recht viele Jahre in ungetrübter Freude beschieden sein, möchte ihm vergönnt sein, der goldenen Hochzeit noch die Diamant-Hochzeit folgen zu lassen.

(Pöl. Wochenbl.)

§ **Zempelburg**, 26. November. Dieser Tage stand in Flatow ein Lizitationstermin an, welcher den Neubau unseres niedergebrannten katholischen Pfarrhauses betraf. Die Submission weckte unter den vielen Bauunternehmern, die dort erschienen waren, ein ziemlich hitziges Streitgebot, in Folge dessen der Bau selbst, auf 24,000 Mark veranschlagt, zum Vortheile der bezüglichen Gemeinde und des Fiskus, letzterer als Patron der Kirche, mit 18,000 Mark von einem hiesigen Maurermeister zur Ausführung übernommen wurde. — Bei der jüngst hier stattgehabten Neuwahl von sechs Stadtverordneten fiel in allen drei Klassen je eine Wahl auf einen Israeliten, die andern auf einen Christen. Der Wahlkampf selbst wurde mit augenscheinlicher Erbitterung geführt.

Literarisches.

Das pommersche Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 und das aus ihm hervorgegangene schleswigsche Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 9 haben in den nördlichen Provinzen unseres Vaterlandes so viele Freunde und frühere Angehörige, daß die Herausgabe einer von Major Stiehl bearbeiteten Geschichte derselben (Berlin, Königl. Hofbuchhandlung von E. S. Mittler und Sohn. 4 M.) in weiten Kreisen Interesse finden wird. Der Bearbeitung darf das besondere Lob gezollt werden, gründlich in der Forschung und leicht in der Darstellung zu sein. Die mehrfachen Kriegszüge und Thaten der einzelnen Kompagnien dieser Truppentheile treten anschaulich hervor und werden Vielen eine werthvolle Erinnerung an Selbsterlebtes, allen Lesern einen genauen und erfreulichen Rückblick auf unsere militärische Entwicklung und den großen Krieg von 1870/71 bieten. [267]

Sammlung altdeutscher Werke in neuer Bearbeitung. Försters Verlag in Leipzig. Wir begrüßen diese Sammlung mit Freuden, da sie manchen alten Schatz wieder zugänglich macht; möge das Unternehmen einen guten Fortgang nehmen. Zuletzt sind erschienen Boner's Edelstein und Wickram Rollwagenbüchlein. [259]

Von der von W. O. von Horn gegründeten **Volks- und Jugendbibliothek** sind weiter erschienen: „Der Onkel in Batavia". Eine javanische Geschichte, der Jugend und dem Volk erzählt von Ottokar Schupp. Mit 4 Abbildungen. — „Dudo von Rüdelin." Eine Erzählung aus der Zeit des zweiten Kreuzzugs 2c. von demselben. Mit 4 Abbildungen. — „Unter dem Schirm des Höchsten." Eine wahrhaftige Geschichte von Armin Stein. Mit 4 Abbildungen. — „Ein armer Slovak, oder: Treu auf Gottes Wegen". Eine Volks- und Jugenderzählung von J. Bonnet. Mit 4 Abbildungen. — „Hans Sachs", ein Lebensbild aus dem Handwerkerstande von H. Oertel. Mit 4 Abbildungen. Preis pro Bändchen kartonnirt 75 Pf., gebunden 1 Mark. Verlag von Julius Niedner in Wiesbaden.

Die Geschichten quillen aus einem warmen Herzen hervor, welches die jungen Leser zu ergreifen versteht, überall tritt das wohlwollende Gemüth hervor, welches zur sittlichen Vervollkommnung hinstrebt und die jugendlichen Gemüther hinleitet. Wir können die Bücher in ihrem warmen, herzlichen Tone unsern Lesern zu Geschenken für ihre Kinder empfehlen. [268]

Telegraphische Depeschen.

Paris, 27. November. Das Zuchtpolizeigericht hat in dem Prozesse des Generals Cissey gegen Laisant und Rochefort unter Annahme mildernder Umstände die Verklagten wegen des Vergehens der Beleidigung und Verleumdung verurtheilt und zwar den Redakteur und den Gerant des Journals „Petit parisien", Laisant und Chauvin solidarisch zur Zahlung einer Entschädigung von 8000 Francs und ferner Ersteren zu einer Geldbuße von 4000 Frcs. und Letzteren zu einer solchen von 200 Frcs., sowie zur Inserirung des Urtheils in zehn Zeitungen. Gegen den Redakteur und den Gerant des „Intransigeant", Rochefort und Delpierre, wurden die gleichen Strafen erkannt.

Paris, 27. Novbr. Die scharfe Verurtheilung Laisant's und Rochefort's wird durchweg billigend aufgenommen und die Haltung beider allgemein verurtheilt. General Cissey geht aus dem Prozesse vollständig gerechtfertigt aus allen verleumderischen Anklagen, für welche die Gegner nicht einen einzigen Zeugen und kein einziges Beweisstück beibrachten, hervor. In Deputirtenkreisen herrscht eine lebhafte Erregung gegen Laisant und dessen radikale Freunde, welche die Kammer durch Ueberrumpelung ihres guten Glaubens zum Votum für die Enquete bewogen haben. Viele Deputirte lehnen im Voraus jede Wahl in die Enquete-Kommission ab. Andererseits wird erwogen, ob nicht das Enquetevotum überhaupt wieder rückgängig zu machen wäre.

Die Spaltung der bonapartistischen Partei ist nunmehr eine definitive. Die Anhänger Jerome's haben offiziell ihren Austritt angezeigt, weil sie die durch Cassagnac vertretene klerikale Politik mißbilligen. Mehrere von ihnen scheinen sich der Union Republicaine anschließen zu wollen.

Die Interpellation Delafosse über die auswärtige Politik ist auf Donnerstag angesetzt. Der Herzog von Broglie wird im Senat beim Budget des Auswärtigen interpelliren.

Dem Vernehmen nach ist General Chanzy gewillt, den Botschafterposten in Petersburg niederzulegen.

Baudry d'Asson hat an Gambetta ein Schreiben gerichtet, in welchem er verlangt, daß die Präsidenten und Quästoren der Deputirtenkammer wegen eigenmächtiger Freiheitsberaubung auf Grund des Artikels 341 des Code penal zur Rechenschaft gezogen werden.

Wie verlautet, beabsichtigt Montsabie anläßlich der Gedächtnißfeier Lacordaire's zu St. Augustin eine politische Rede, hauptsächlich mit Beziehung auf die Märzdekrete zu halten.

London, 27. November. Heute findet in Windsor ein Kabinetsrath statt zur Festsetzung des Tages für den Zusammentritt des Parlaments. Lord Coleridge ist zum Lordoberrichter von England ernannt worden.

London, 27. November. In der heute unter dem Vorsitze der Königin in Windsor stattgehabten Sitzung des Geheimen Raths wurde beschlossen, das Parlament am 6. Januar einzuberufen. — Der diesseitige Botschafter in Petersburg, Lord Dufferin, ist von Windsor nach London zurückgekehrt und wird sich nächste Woche auf seinen Posten nach Petersburg begeben.

Dem „Reuter'schen Bureau" sind über Teheran Nachrichten aus Herat vom 7. d. M. zugegangen, wonach sich Ajub Khan in einer sehr schwierigen Situation befindet; derselbe sei von allen Hilfsmitteln entblößt, habe sehr wenig Anhänger und habe auch von Persien keine Unterstützung erhalten.

London, 28. Novbr. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville, hielt in Hanley eine Rede, in welcher er auf die mißliche Lage in Irland hinwies und hervorhob, daß Eigenthum und Leben aller Sicherheitsgarantien ermangelten. Es sei unmöglich, diese Zustände fortdauern zu lassen, die Regierung werde dem Parlament Maßregeln vorschlagen müssen, welche für das gegenwärtige Bedürfniß genügten und die Zukunft des Landes sicherstellten. Der Minister gab sodann einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwickelung der orientalischen Frage und bemerkte, daß bezüglich Griechenlands zuletzt kein neuer Vorschlag gemacht worden sei, daß es aber unmöglich sei, die griechische Frage ungelöst zu lassen. Der Minister erwähnte den von England gemachten Vorschlag, Smyrna zu besetzen, und fügt hinzu, Rußland und Frankreich dürften denselben angenommen haben, auch Oesterreich habe anfänglich versprochen, dem Vorschlag beizutreten; später aber habe Oesterreich den Beitritt abgelehnt und dann hätten auch Frankreich dürften denselben angenommen haben, auch Oesterreich habe anfänglich versprochen, dem Vorschlag beizutreten; später aber habe Oesterreich den Beitritt abgelehnt und dann hätten auch Frankreich und Deutschland sich geweigert, daran theilzunehmen. Die Pforte aber habe, sobald sie von diesen vertraulichen Besprechungen der Mächte Kenntniß bekommen, sich entschlossen, Dulcigno zu übergeben. Der Minister trat sodann für das europäische Konzert ein, welches thatsächlich bestehe und hoffentlich noch lange Zeit fortdauern werde. Oesterreich, Deutschland und Italien hätten loyal am Konzert der Mächte mitgewirkt, die Beziehungen zwischen England und Rußland seien die freundschaftlichsten. Der Minister schloß seine Rede mit der Mittheilung, daß die Regierung an ihrer auswärtigen Politik festhalte, indem sie bemüht sein werde, das Konzert der Mächte aufrechtzuerhalten, sich aber volle Freiheit des Urtheils und der Aktion wahre.

Bukarest, 27. November. Die Thronrede, mit welcher der Fürst Karl heute die Kammern eröffnete, konstatirt die guten Beziehungen Rumäniens zum Auslande, sowie das Vertrauen und die Achtung, welche die Mächte dem jungen Staate Rumänien entgegenbringen. Mehrere Verträge und Konventionen, welche die Regierung mit verschiedenen Mächten bereits abgeschlossen oder über welche noch verhandelt würde, würden den Kammern vorgelegt werden. Die Frage des Reglements über die Freiheit der Schifffahrt auf der unteren Donau werde demnächst durch die europäische Kommission in Galatz entschieden werden. Die Regierung werde im Bewußtsein der großen Interessen, welche Rumänien auf diesem Flusse habe, dieselben aufrecht zu erhalten und zu vertheidigen wissen in Uebereinstimmung mit dem Text der Verträge und dem Prinzipe der Freiheit der Schifffahrt. Die Frage wegen der Thronfolge werde nach den Vorschriften der Verfassung geregelt und zur Kenntniß der Kammern gebracht werden.